

Göttingen, den 28.1.55

Mitteilung an Herrn Direktor Schmid, FWU München

Lieber Herr Schmid!

Ich möchte zwar nicht, daß Sie in Ihrem wohlverdienten Urlaub noch mit dienstlichen Dingen besonderer Art belastet werden, jedoch glaube ich, Ihnen - sofern es noch nicht von München aus geschehen ist - einen kurzen Bericht über den Verlauf der Wiesbadener Tagung nicht vorenthalten zu dürfen.

Wie Sie wissen, war ja Herr Staatssekretär Meinzolt nicht anwesend. Ich selbst habe an der Sitzung auch nicht teilgenommen, jedoch habe ich einen ausführlichen Bericht über den uns interessierenden Teil der Sitzung von Herrn Dr. Zierold bekommen: Die Frage unserer Institutsfinanzierung hat nun eine unerwartete Wendung genommen. Ich ging ja von den beiden Möglichkeiten aus, daß entweder der Antrag von Herrn Meinzolt abgelehnt wird und alles beim alten bleibt, oder aber daß er angenommen wird und das Institut in Göttingen damit von dem Königsteiner Abkommen finanziert wird. Nun ist aber eine dritte Lösung gefunden und beschlossen worden, nämlich die, daß das Institut aus dem Verband des Instituts für Film und Bild ausscheiden soll, daß aber eine eigene Länder-G.m.b.H. aufgebaut werden soll, um das Göttinger Institut zu finanzieren. Diese Lösung hat nun einige Vorteile aber auch einen für uns sehr unangenehmen Nachteil. Die Vorteile bestehen offensichtlich darin, daß das Institut eine größere Freiheit erhält, als innerhalb des Königsteiner Abkommens es möglich gewesen wäre. Zweifellos wird sich der Umstand, daß unsere Arbeit von den Ländern für so wichtig gehalten wird, daß eine eigenen G.m.b.H. der Länder gegründet werden soll, auf unsere Arbeit positiv auswirken. Ein weiterer positiver Umstand dürfte vielleicht später eine Rolle spielen. Zum ersten Male war neben Herrn Dr. Zierold auch ein Vertreter des Bundesinnenministeriums, Herr Ministerialrat Dr. Kipp, bei der Tagung des Königsteiner Gremiums anwesend. Mit Herrn Dr. Zierold und Herrn Dr. Kipp wurde besprochen, daß angestrebt werden soll, späterhin den Bund als Gesellschafter neben den Ländern in die neue G.m.b.H. einzubeziehen. Von Seiten des Bundes würden dann sicher keine Schwierigkeiten gemacht werden. Der Nachteil dieses Beschlusses liegt in erster Linie darin begründet, daß wir nun wiederum ein weiteres Jahr mit einer Erhöhung der uns zur Verfügung stehenden Mittel warten müssen. Das betrifft in erster Linie das Referat von Dr. Terveen, das ja nur bis zum 31.3. d.J. vom Bundesinnenministerium bezahlt wird. Das betrifft aber auch Dr. Spannaus, der ja schon seit einigen Jahren auf eine definitive Entscheidung hier bei unserem Institut wartet und der nun wiederum, und zwar ganz ernst vor die Frage gestellt wird, ob er eine der anderen Stellen annehmen soll oder noch weiter auf das völkerkundliche Referat warten kann. In dieser Angelegenheit habe ich mich an die Deutsche Forschungs-Gemeinschaft

b.w.

gewendet, mit der Bitte, uns hierbei behilflich zu sein. Ob dabei etwas herauskommen wird, kann ich nicht sagen.

Ganz allgemein sagte mir Herr Dr. Zierold, daß der Beschluß gefaßt worden ist, daß das neue Institut am 1.4.56 stehen solle, d.h. daß bis dahin die Gesellschaft gegründet sein muß. Er riet mir dringend, mit den Vorbereitungen jetzt schon zu beginnen und mich mit Herrn Ministerialrat Mäurer und Herrn Ministerialrat Dr. Giesen vom Ministerium Nordrhein-Westfalen in Verbindung zu setzen. Ein rasches Anpacken dieser Angelegenheit sei dabei erforderlich weil - zumindest in einigen Ländern - die Beiträge der einzelnen Länder für die neue G.m.b.H. durch den Landtag beschlossen werden müssen. Bis zum Juni d.J. spätestens muß es dann so weit sein, daß die Beiträge in die Haushalte der Länder aufgenommen werden können. Als Schlüssel für die Aufteilung der Beiträge soll der Königsteiner Schlüssel benutzt werden, der sowohl die Einwohnerzahl, wie die Steuerkraft des Landes berücksichtigt. Das Gremium der Gesellschafter würde voraussichtlich dasselbe wie beim Königsteiner Abkommen sein. Noch nicht ganz geklärt ist, ob dabei die Länder-Finanzministerien von vornherein beteiligt werden sollen.

Ich werde nun in der nächsten Woche die erste Besprechung mit Herrn Mäurer und Herrn Giesen haben und nach Möglichkeit Herrn Dr. Zierold, der gleich darauf in Urlaub geht, sprechen. Sie wissen ja selbst, daß der Aufbau einer solchen G.m.b.H. eine sehr langwierige und manchmal auch unerfreuliche Angelegenheit ist. Im ganzen, so sagte mir Herr Dr. Zierold, sei die Stimmung der Gesellschafter gegenüber unserem Institut sehr wohlwollend gewesen. Man ging davon aus, daß das Institut mehr Geld haben muß. Über den Etat und die Punkte im einzelnen ist nicht gesprochen worden. Herr Dr. Zierold meinte, daß wohl die Meinung vorherrschte, der vorgelegte Etat des Institutes sei etwas zu hoch, so daß man unter Umständen mit einer Kürzung wird rechnen müssen.

Im Augenblick befindet sich Herr Amtsrat Frohmader bei uns. Leider ist Herr Ilse noch immer krank. Heute sind ihm die Mandeln entfernt worden. Ich hoffe aber, daß Herr Frohmader mit seiner Revision auch so zu Rande kommen wird. Möglicherweise kommt morgen der Präsident des Bayerischen Rechnungshofes zu einer Besichtigung bei uns vorbei. Das wird sich allerdings noch ergeben.

Und nun darf ich Ihnen, lieber Herr Schmid, wünschen, daß Sie in Ihren Urlaubswochen einen wohlverdienten Dispens von Ihrer außerordentlichen Belastung finden. Grüßen Sie bitte Ihre Frau Gemahlin von mir und seien Sie selbst bestens begrüßt

Von Ihrem
Dr.-Ing. Wolf